

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Herr, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid, Eva Holzleitner, BSc,
Genossinnen und Genossen

betreffend langfristige Bereitstellung finanzieller Mittel für Ferienbetreuung zur Entlastung von Familien

Die fehlende Betreuung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in den Sommerferien stellt viele Familien, vor allem jene, in denen beide Eltern berufstätig sind, vor eine große organisatorische und finanzielle Herausforderung. Der gesetzliche Urlaubsanspruch und die Länge der Sommerferien decken sich nicht annähernd und vielerorts fehlt es an qualitativer und leistbarer Betreuung in den Sommerferien. Um Familien in dieser Zeit zu unterstützen, wird beispielsweise von Wien eine Ferienbetreuung unter dem Namen „Summer City Camps“ für alle PflichtschülerInnen angeboten. Diese bietet in den Sommermonaten ein ganztägiges, kostengünstiges, qualitatives und abwechslungsreiches Programm an. Darüber hinaus wird bei dieser Ferienbetreuung ein Schwerpunkt auf Lernförderung gelegt – ein Punkt, der gerade in der Corona-Krise für viele Familien sehr wichtig ist. Gerade Kinder von Familien, die sich die oft sehr teure Nachhilfe nicht leisten können, profitieren dadurch enorm. Durch das verkürzte Semester gibt es bei vielen Kindern vermehrt Nachholbedarf, der durch diese Förderangebote gedeckt werden kann. Eine weitere wichtige Initiative der Stadt Wien umfasst kostengünstige Urlaube für Kinder von Familien mit geringerem Einkommen. Die 8 oder 15 Tage umfassenden Urlaubsangebote im Sommer bieten Kindern die Möglichkeit für einige Zeit dem Stadtleben zu entfliehen und in den Genuss von „echtem“ Urlaub zu kommen.

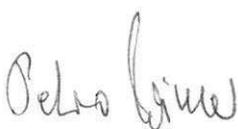
Um österreichweit Familien im Bereich der Ferienbetreuung zu unterstützen, wären diese Angebote in ganz Österreich wünschenswert. Es fehlen dafür aber oft die finanziellen Mittel der Länder und Gemeinden, dies anzubieten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bundesweit jährlich in der Zeit der Schulferien im Sommer eine qualitative, ganztägige und kostengünstige Betreuung für alle Kinder und Jugendliche im Pflichtschulalter angeboten wird und dafür langfristig ausreichend finanzielle Mittel den Ländern und Gemeinden zu Verfügung zu stellen.“









Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss

